Grünzeux

Informationen aus dem Kreistag Borken

von Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Am 26. Mai sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, das Europäischen Parlament zu wählen. Wir stehen an einem entscheidenden Moment in der Geschichte Europas: Fallen wir zurück in einen gefährlichen Nationalismus oder erneuern wir Europa als starke Gemeinschaft?

In dem Brief des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Jens Steiner, heißt es, „der Kreistag Borken tritt am 16. Mai, zehn Tage vor der Wahl des neunten Europäischen Parlaments, zu seiner nächsten Sitzung zusammen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte daher anregen, im Rahmen dieser Sitzung in einer parteiübergreifende Aktion zu zeigen, wie hoch der Stellenwert des europäischen Gedankens bei den gewählten Vertreterinnen und Vertretern im Westmünsterland ist. Wir schlagen daher vor, einen gemeinsamen Wahlaufruf zur Europawahl zu verabschieden."

Die Grünen betonen, dass wir dem gemeinsamen europäischen Projekt die längste Friedensperiode in unserer Geschichte verdanken. Nie zuvor hat der europäische Kontinent eine vergleichbare Phase der Freiheit, des Wohlstandes und auch der Freizügigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger erlebt. All diese Errungenschaften sind wie wohl nie zuvor dem Druck von außen und innen ausgesetzt. Die Europäische Union muss ihre Rolle im 21. Jahrhundert daher neu ausrichten.

Zentrale Zukunftsfragen, wie die Wahrung europäischer Sicherheits- und Handelsinteressen, der Klimawandel, die Migration nach Europa, die Digitalisierung, die Zukunft des Euro oder der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus können nur von einer starken und handlungsfähigen Union gemeistert werden, nicht von jedem Mitgliedstaat allein. Das Europäische Parlament ist Ihre Vertretung bei der Bewältigung dieser Herausforderungen, so die Grünen.

„Auch, wenn unsere Parteien inhaltlich durchaus kontroverse Meinungen vertreten – am Friedensprojekt Europa zweifelt niemand. Uns alle eint, dass wir eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen möchten, um das Friedensprojekt Europa, die EU und die Demokratie stärken. Nichtwählen stärkt Populisten. Als Grenzregion mit einer 108 Kilometer langen Grenze zu den Niederlanden wissen wir aus erster Hand um die Vorzüge des grenzüberschreitenden Miteinanders und die durch die Europäische Union erzielten Errungenschaften. Mit der EUREGIO prägen und gestalten wir diesen Prozess des gemeinsamen Europas seit 61 Jahren mit," begründet Jens Steiner den Appell der gemeinsamen, parteiübergreifenden Europaerklärung.

Die Europawahl am 26. Mai ist entscheidend für jede und jeden in Europa. Die Grünen im Kreistag haben in einem Brief an die anderen Fraktionen und Gruppen nun vorgeschlagen, einen gemeinsamen Wahlaufruf zur Europawahl zu beschließen.

GRÜNE FRAGEN ZUM UNTERHALTSVORSCHUSS

Fraktion stellt Anfrage zum nächsten Jugendhilfeausschuss

Alleinerziehende, die keinen oder nicht regelmäßig Unterhalt von dem anderen Elternteil erhalten, können Unterhaltsvorschuss beantragen. Unter bestimmten Voraussetzungen besteht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr ein Anspruch. Nach einer Gesetzesreform im Juli 2017 können Kinder bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres (12. Geburtstag) ohne zeitliche Einschränkung Unterhaltsvorschuss erhalten. Bisher waren das maximal 72 Monate. Kinder im Alter von zwölf Jahren bis zum vollendeten 18. Lebensjahr können ebenfalls Unterhaltsvorschuss erhalten.

Nach Inkrafttreten dieser Reform des Unterhaltsvorschusses in 2017 ist die Zahl der Anträge deutlich gestiegen. Laut Bundesfamilienministerium stiegen die Unterhaltsvorschusszahlungen auf rund 2,1 Milliarden Euro an. Davon wurden etwa 270 Millionen Euro von den Unterhaltspflichtigen eingetrieben. Die Rückholquote ist laut Bundesfamilienministerium von 19 Prozent auf nur noch 13 Prozent gefallen.

Vor diesem Hintergrund hat die Kreistagsfraktion die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie viele Anträge auf Unterhaltsvorschuss sind bei der Kreisverwaltung in den Zeiten Januar bis Juli 2017, August bis Dezember 2017 und im Kalenderjahr 2018 jeweils neu gestellt worden?

2. Wie hoch ist die Summe der in den Zeiten Januar bis Juli 2017, August bis Dezember 2017 und im Kalenderjahr 2018 jeweils geleisteten Unterhaltsvorschusszahlungen durch den Kreis Borken?

3. Wie hoch ist die Summe der erfolgreichen Eintreibungen für gezahlte Vorschüsse jeweils in den Zeiten Januar bis Juli 2017, August bis Dezember 2017 und im Kalenderjahr 2018?

4. Wie lange dauert das Eintreiben von Unterhaltsvorschusszahlungen bei säumigen Unterhaltspflichtigen durchschnittlich?

Wie viele Vollzeitstellen wurden bis zum Juli 2017 für das Eintreiben von Unterhaltsvorschusszahlungen bei säumigen Unterhaltspflichtigen eingesetzt?

5. Wie viele Vollzeitstellen werden zurzeit für das Eintreiben von Unterhaltsvorschusszahlungen bei säumigen Unterhaltspflichtigen eingesetzt?

Antworten auf die Fragen unserer Fraktion wird die Verwaltzung in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreistags geben.

LESERBRIEF VON RICHARD HENRICHS: ÖPNV IN GRAES BESSER ALS SEIN RUF

Der ÖPNV-Experte der Grünen Kreistagsfraktion Richard Henrichs hat in einem Leserbrief an die Münsterland Zeitung Stellung bezogen zum Ortsteilcheck „Graes: Gute Lebensqualität, schlechte ÖPNV-Anbindung“:

„Beim Ortsteil-Check fällt immer wieder auf, dass der Öffentliche Nahverkehr scheinbar aufgrund Unkenntnis bewertet wurde. Beim Beispiel Graes wurde behauptet, dass dort nur zwei mal am Tag ein Bus führe („nur nach der 6. und 8. Stunde“). Tatsächlich fährt die Linie 781 dort an Werktagen jeweils rund 10 mal nach Gronau bzw. Ahaus, was etwa ein Zweistundentakt mit Verdichtungen zur Hauptverkehrszeit entspricht.

Hinzu kommen die auf den Schülerverkehr zugeschnittenen Linien 828 und 829. Dies ist zwar durchaus ein ausbaufähiges Angebot, gleichzeitig muss man allerdings bedenken, dass ein solcher Ausbau für einen 1700 Einwohner-Ort nur begründbar wäre, wenn es auch tatsächlich genutzt würde. An Samstagen gibt es die Möglichkeit, jede halbe Stunde einen Taxibus nach Ahaus zu bestellen, der einen zum gewöhnlichen Bustarif in Graes abholt und wieder zurückbringt. Zudem ist Graes Samstagsnachts ebenfalls per Taxibus im Nachtbussystem der RVM integriert.“

ENDLICH RAUS AUS DER KOHLE!

Grüne drängen auf kompletten Verkauf der RWE-Aktien des LWL

Der LWL-Landesdirektor will drei Viertel aller RWE-Anteile des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe verkaufen! Nachdem einige NRW-Kommunen ihre RWE-Aktien bereits verkauft haben oder sich im Verkaufsprozess befinden, ist nun auch Matthias Löb mit einer Beschlussvorlage an den zuständigen Landschaftsausschuss des LWL herangetreten. In drei Tranchen sollen 75% verkauft werden, insgesamt ca. fünf Millionen Stück. Der Erlös liegt aktuell bei 105 Millionen Euro. Entscheiden werden die kommunalpolitischen Vertreter*innen voraussichtlich im Mai.

„75% der RWE-Aktien zu verkaufen ist ein Schritt in die richtige Richtung, finden wir GRÜNEN im LWL. Aber das Ziel muss aus Klimaschutzgründen der Komplettverkauf sein," sagt Gertrud Welper, stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung. Den Landesdirektor treiben weniger Divestment-Bestrebungen als finanzwirtschaftliche Erwägungen um.

In einer Zeit, wo wir unsere Energieversorgung auf Erneuerbare Energie umstellen, ist es finanziell zu riskant in ein DAX-Unternehmen wie RWE zu investieren, das auf klimaschädliche Kohleverbrennung setzt. Es wäre jetzt an der Zeit alle RWE-Aktien zu verkaufen, um die Klimazerstörung nicht auch noch mitzufinanzieren. Klimaschützer wie Fossil Free Münster fordern bereits seit Jahren, dass der LWL die klimaschädlichen RWE-Anteile abstößt und die Gelder stattdessen in klimafreundliche Unternehmen investiert.

ANFRAGE AN SOZIALAUSSCHUSS

Existenzsichernde Leistungen für Menschen mit Behinderungen

Ab dem 1.1.2020 gehen die so genannten existenzsichernden Leistungen für Menschen mit Behinderungen, die in stationären Wohnangeboten leben, in die Zuständigkeit der örtlichen Träger über. Die Leistungsberechtigten müssen vor Ort zeitgerecht einen Antrag auf Grundsicherung stellen, damit die Kosten der Unterkunft ab dem 1.1.2020 durch den Grundsicherungsträger gedeckt werden können.

Die Grüne Kreistagsfraktion hat daher die Verwaltung gebeten, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu berichten, ob der der Verwaltung bekannt ist, wie viele Menschen zurzeit im Kreis Borken in stationären Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe leben und voraussichtlich einen Antrag auf Grundsicherung stellen werden?

Außerdem möchte die Fraktion wissen, wie sich die Verwaltung auf die Umsetzung dieser Aufgabe vorbereitet. Beabsichtigt die Verwaltung, Menschen mit Behinderung in Wohnheimen, Wohnheim-Leitungen oder gesetzliche Betreuer*innen der betroffenen Menschen mit Behinderung aktiv über die geänderte Gesetzeslage und die erforderliche Antragstellung zu informieren?

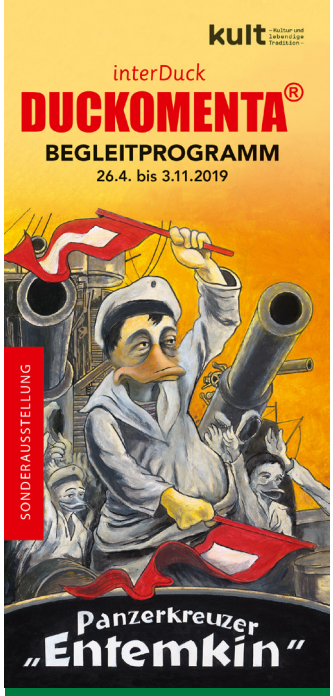
SPITZENPLÄTZE BEIM FAHRRADKLIMATEST

Bocholt, Reken und Heek auf Podiumsplätzen beim ADFC-Fahrradklima-Test

Die Städte und Gemeinden im Kreis Borken haben starke Ergebnisse beim ADFC-Fahrradklima-Test 2018 erzielt. Wie der ADFC heute bekannt gab, hat in der Kategorie Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern Bocholt mit einer Bewertung von 2,39 den ersten Platz belegt. In der Kategorie Städte und Gemeinden bis 20 000 Einwohnern ist das Westmünsterland gleich zweimal auf dem Siegertreppchen: der erste Platz geht an Reken mit der Note 1,97 und nur knapp dahinter auf Platz drei liegt Heek mit einer Note von 2,37. Der ADFC-Fahrradklima-Test ist die größte Befragung zum Radfahrklima weltweit und fand 2018 zum achten Mal statt. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur fördert den ADFC-Fahrradklima-Test aus Mitteln zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans 2020.

Per Fragebogen konnten Teilnehmende 2018 wieder beurteilen, ob beispielsweise Radwege im Winter geräumt werden oder ob sie sich sicher fühlen, wenn sie mit dem Fahrrad unterwegs sind. Die Ergebnisse geben Verkehrsplanern und politisch Verantwortlichen lebensnahe Rückmeldungen zum Erfolg ihrer Radverkehrsförderung und nützliche Hinweise für Verbesserungen.

170.000 Bürgerinnen und Bürger haben sich 2018 an der Umfrage beteiligt – das sind 40 Prozent mehr als 2016. Sie haben 683 Städte und Gemeinden bewertet (2016: 539). Ihre Bewertungen sind alarmierend: Die Note für die Fahrradfreundlichkeit sank von 3,81 (2016) auf 3,93. Damit ist das Radklima in Deutschland nur ausreichend. Auch das Sicherheitsgefühl hat sich auf 4,16 verschlechtert. 81 Prozent möchten getrennt vom Autoverkehr Rad fahren, bei den Frauen sind es sogar 86 Prozent. 74 Prozent der Teilnehmer*innen fahren täglich Rad und kennen die Bedingungen vor Ort genau, auch aus der Autoperspektive, denn 75 Prozent haben ein Pkw zur Verfügung.



SONDERAUSSTELLUNG IM KULT: DUCKOMENTA ENT-LICHE GRENZGESCHICHTEN

An der Grenze zwischen Tradition und neuer Sachlichkeit, zwischen dem Münsterland und den Niederlanden hat die Verentung auch das kult erwischt. Die DUCKOMENTA zeigt vom Freitag, dem 26. April bis Sonntag, dem 3. November 2019 Meisterwerke der Kunstgeschichte – mit Schnabel! Es sind die Spuren einer mysteriösen Entenzivilisation, den „interDucks", die den ganzen Verlauf der Geschichte parallel zu den Menschen erlebt haben.

Gezeigt werden Highlights der Kunstgeschichte – der Mona Lisa, der Marta Mortenson nach Andy Warhol, Rembrandts Badente undFilmplakate wie „Die blaue Ente" oder „Panzerkreuzer Entemkin"

Mit der DUCKOMENTA haben die „interDucks" der Menschheit ihre einmalige Kunstsammlung hinterlassen. An zahlreichen Standorten Europas galt und gilt es noch heute, die darin verborgenen Geheimnisse zu entschlüsseln.

Jetzt also auch in Vreden – eine kultige Sache!

ALEXANDRA GEESE ZU GAST BEIM STATTVERBRENNER

Grüne besichtigen gemeinsam mit Europapolitikerin den innovativen eCarsharing Anbieter in Ahaus

Carsharing erfreut sich nicht nur immer größerer Beliebtheit, sondern führt auch langfristig zu einer Abnahme der abzustellenden Fahrzeuge und nimmt damit den Parkdruck aus den Quartieren. Wesentlich für den Erfolg von Carsharing ist die Verfügbarkeit von Abstellplätzen in Kundennähe. Ein geteiltes Auto ersetzt 7-20 private Fahrzeuge und spart so letztlich Parkplätze und damit auch versiegelte Flächen. Ein stationsbasiertes Carsharing-Auto macht in innenstadtnahen Wohnvierteln Parkplätze frei.

Aus diesem Grund hatte die Grüne Kreistagsfraktion die Europapolitikerin und Digitalexpertin Alexandra Geese aus Bonn eingeladen, den eCarsharing Anbieter StattVerbrenner in Ahaus zu besichtigen. Carsharing ist inzwischen ein etabliertes Geschäftsmodell mit ökologischen und ökonomischen Vorteilen und gewinnt immer mehr an Attraktivität.

Der Bundestag hat mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Bevorrechtigung des Carsharing eine Grundlage geschaffen, den Kommunen praktikable Vorgaben zur Stellplatzausweisung insbesondere im öffentlichen Straßenraum an die Hand zu geben. Doch was versteht man unter praktikabel? Wie müssen die Rahmenbedingungen gestaltet sein, um den Anteil von Carsharing im Verkehr zu steigern? Was ist für welche Kommune das passende Carsharing- Modell? Welche kommunalen Praxisbeispiele sind nachahmenswert? Wo liegen weitere Potenziale zur Attraktivitätssteigerung des Carsharing?

Genau diese Fragen erforscht der StattVerbrenner im Praxistest. Das Ahauser Unternehmen testet verschiedenen Angebotsbedingungen und Stadtorte für ein Carsharing Angebot mit Elektrofahrtzeugen. Diese können nach einer ersten Anmelduing ganz einfach über eine App gebucht werden.

„Die Menschen kombinieren zunehmend verschiedene Verkehrsmittel. Sie nutzen die Verkehrsmittel also rationaler als früher. Sie wählen für den jeweiligen Weg das jeweils passende Verkehrsmittel und kombinieren diese. Die Politik denkt die Verkehrsmittel aber noch viel zu stark separat jeweils für sich," sagt Jens Steiner, stv. Vorsitzender der Grünen Kreistagsfraktion.

Das sieht auch Alexandra Gesse so, die die innovativen Ansätze bei den Ahauser Unternehmen lobt. Sie betont zudem, dass Carsharing „auch eine Chance für das Thema Elektromobilität ist." Wer über Carsharingautos Elektromobilität auf der Straße erlebe, wird fasziniert sein und dann, „wenn es um die Anschaffung eines Autos geht, vielleicht eher an ein Elektroauto denken und auch dafür werben."

„Für uns liegt die Zukunft des Automobils nicht nur in alternativen Antrieben und Kraftstoffen, die uns ‚weg vom Öl' bringen, sondern auch in einer effizienteren Nutzung des Automobils, so wie es CarSharing ist," sagt Alexandra Geese. Dabei gehe es in einem ersten Schritt auch darum, dass nicht mehr - wie heute oft der Fall - Haushalte sogar zwei PKWs besitzen. Zuminderst für das zweite Fahrzeug kann Carsharing „eine kostensparende und umweltbewusste Alternative sein", so die Europapolitikerin.

WAHLKAMPFAUFTAKT AUF DEM EPER MARKT

Erdkugel „Es gibt keinen Planet B." ist der Hingucker beim gemeinsamen Stand mit Pulse of Europe

Zum Auftakt der heißen Phase des Europa-Wahlkampfes hat der OV Gronau der Grünen die sechs Meter im Durchmesser messende aufblasbare Erdkugel mit der Aufschrift „Es gibt keinen Planet B" auf dme Eper Wochenmarkt aufgeblasen.

Neben den Grünen waren auf dem Eper Markt am Freitag auch die Frauen der Gronauer „Pulse-of-Europe"-Bewegung vertreten, um auf die Europawahl am 26. Mai aufmerksam zu machen. Thres Koberg („Pulse-of-Europe") ging in einer kurzen Ansprache neben der Europawahl auch auf die Proteste junger Menschen im Rahmen der „Fridays-for-Future"-Aktion ein. „Ihr habt inzwischen eine breite Unterstützung in der Gesellschaft: Wissenschaftler, Eltern, Großeltern, Lehrer und sogar der Papst mit den Worten ‚Stiftet Unruhe`sind auf eurer Seite."

Herausgeber

Herausgeber:
Grüne Kreisagsfraktion Borken

www.gruene-kreis-borken.de
facebook.com/gruenekreisborken

V.i.S.d.P.:
Jens Steiner
Stv. Fraktionsvorsitzender
Kridtstr. 24 | 48619 Heek
Telefon: 0151-59184847

ABSCHAFFUNG DER STICHWAHL

"Ein schwarzer Tag für die kommunale Demokratie"

Auf deutliche Kritik der Kreitagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Borken ist die vom nordrhein-westfälischen Landtag beschlossene Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl von Bürgermeistern und Landräten gestoßen. „Dies ist ein schwarzer Tag für die kommunale Demonkratie", erklärt Jens Steiner, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Damit werde die Kommunalwahl 2020 auch im Westmünsterland ohne einen zweiten Wahlgang stattfinden. So bestehe die Gefahr, dass bei diesen Wahlen Kandidatinnen und Kandidaten als kommunale Spitzenbeamte gewählt werden, die sich nur auf eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler stützten. Bislang mussten die gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister hingegen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen.

„Mit der Abschaffung der Stichwahl geht letztlich ein Stück kommunaler Selbstbestimmung verloren – und zugleich steigt die Gefahr, das die demokratische Legitimation der gewählten Amtsinhaber deutlich geschwächt wird", so Steiner. CDU und FDP nähmen damit allen Bürgerinnen und Bürgern wichtige Beteiligungsrechte, die in jedem Bundesland selbstverständlich sind: „Nordrhein-Westfalen wird dann das einzige Bundesland sein, in dem Bürgermeister ohne zweiten Wahlgang und gegen eine Stimmenmehrheit in ihre Ämter gelangen können.

Die grüne Landtagsfraktion wird gerichtlich prüfen lassen, ob diese Regelung mit der NRW-Landesverfassung vereinbar ist: "Es bleibt zu hoffen, dass der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof diesen schwarz-gelben Demokratieabbau noch rechtzeitig vor Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten stoppt."

GRÜNE BEIM STADTLOHNER FRÜHLING

Ein gut gelauntes Team von Bündnis 90/Die Grünen war mit unserem Infostand beim Stadtlohner Frühling dabei. An diesem schönen, sonnigen Sonntagnachmittag haben wir in vielen guten Gesprächen für die Europawahl am 26. Mai geworben. Aus der Kreistagsfraktion haben Gertrud Welper und Jens Steiner die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen Stadtlohn unterstützt.

REFORM DER EU AGRARPOLITIK

Europawahl wird zur Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz

In der letzten Woche hat der Agrarausschuss des Europaparlaments über die Reform der Europäischen Agrarpolitik (GAP) entschieden. Bei dieser Abstimmung hat sich eine ganz Große Koalition aus Konservativen, etlichen Sozialdemokraten und Liberalen jeglicher substanzieller Änderung in der Agrarpolitik verweigert.

So wurden zahlreiche gemeinsame Änderungsanträge von Grünen und Linken durch eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit abgelehnt. Bei diesem Anträgen ging es unter anderem um folgendes: Wir wollten den Teil der Direktzahlungen an die Bauern begrenzen, der nur von der Größe der bewirtschafteten Flächen abhängt. Diese Änderung hätte bäuerliche Betriebe gegenüber großen Agrarriesen gestärkt, die zur Zeit 80 Prozent der Direktzahlungen erhalten. Diese Direktzahlungen wollten wir auch an verbindliche Umweltschutzmaßnahmen, wie z.B. der Verringerung des Einsatzes von Pestiziden, koppeln. Das Scheitern dieser Anträge ist angesichts des dramatischen Artensterbens bei Insekten, Vögeln und Co. eine sehr schlechte Nachricht. Das Artensterben steht in direktem Zusammenhang mit massiven Pestizideinsatz in der Landwirtschaft. Während die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksbegehren für mehr Artenschutz gesorgt haben, machen Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberale im Europaparlament das Gegenteil.

Noch ist aber nicht aller Tage Abend. Denn der Beschluss des Agrarausschusses kommt zu spät, um noch vor der Wahl im Europaparlament endgültig beschlossen zu werden. Das heißt, das nächste Europaparlament kann diese Entscheidung schon im Juli revidieren. Mit anderen Worten: Diese Europawahl ist entscheidend für die EU-Agrarpolitik der Zukunft. Entweder die schlechten Zustände in der Agrarpolitik werden zementiert oder wir bringen den Sektor auf einen nachhaltigen Weg. Durch die rückwärtsgewandte Politik einer unheiligen Allianz von Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen, würde das Artensterben, ungehemmter Pestizideinsatz, Tierleid und Umweltzerstörung weitergehen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben es jetzt in der Hand am 26.5. bei den Europawahlen ihre Stimme für eine andere Form der Landwirtschaft abzugeben. Die Europawahl muss zu einer Abstimmung über Umwelt- und Artenschutz werden. Denn nur wenn es keine Mehrheit mehr für das Weiter-So im nächsten Europaparlament gibt, haben Bienen, Vögel, Fledermäuse und Co. eine Chance.

GRÜNE DISKUTIEREN LANDSCHAFTSPLAN

Informationsveranstaltung zum Landschaftplan Borken-Süd

Der Ortsverband Borken von Bündnis 90/Die Grünen diskutierte in einer Veranstaltung den Entwurf zum Landschaftsplan Borken-Süd, der jetzt öffentlich ist. Für den Erhalt, den Schutz und die Weiterentwicklung unserer Landschaft hin zu mehr Naturschutz sind die Landschaftspläne von großer Bedeutung. Besonderes Gewicht wird hierbei auf den Schutz von Gewässerläufen, die Vernetzung und Gestaltung von Naturräumen sowie besondere Naturdenkmale gelegt.

Die Planung wird durch die untere Naturschutzbehörde des Kreises unter Beteiligung von Städten, Gemeinden, Landbesitzern und Bürgerinnen und Bürgern erstellt. Herr Kranz und Frau Olthoff vom Bereich Natur und Umwelt der Kreisverwaltung Borken erläuterten dem Ortsverband anhand von Karten die Entwicklungsziele für den Landschaftsschutz, die durch den Landschaftsplan Borken Süd verbindlich werden sollen.

Ein zentrales Thema für die Grünen in Borken waren die Möglichkeiten zu ökologischen Verbesserungen. Zusammen mit den Vertretern des NABU Borken wurden im Rahmen der Veranstaltung detailliert Fragen und Vorschläge diskutiert, beispielsweise die Unterstände für Fledermäuse, Ergänzungen von Alleen und Abstände zu Wasserläufen. Die Frage nach dem Fehlen von Naturschutzgebieten im Landschaftsplan Borken-Süd wurde seitens der Kreisverwaltung mit dem hohen Nutzungsdruck auf landwirtschaftliche Flächen erklärt, allerdings gebe es in den angrenzenden Plänen Naturschutzgebiete.

Besonders kritisch sehen die Grünen den teilweise zurückgenommenen Landschaftsschutz im Bereich Pröbsting. Hier waren sich die Grünen und der NABU einig, dass die Uferstreifen beiderseits der Bocholter Aa auch im Landschaftsplan unter Landschaftsschutz stehen sollten.

Das Thema Windkraftnutzung und deren Möglichkeiten in Landschaftsschutzgebieten, unabhängig von Windkonzentrationszonen, bedarf weiterer Klärung. Neben den Festsetzungen gibt es auch eine Angebotsplanung, die in Zusammenarbeit mit den Beteiligten vor Ort freiwillig erfolgt und Pflege- und Verbesserungsmaßnahmen in der Landschaft umfasst.

Für die Grünen ist, ebenso wie für Herrn Kranz und Frau Olthoff von der Kreisverwaltung Borken, eine weitere Förderung dieser freiwilligen Arbeiten wichtig, damit Landschaftsstrukturen verbessert werden können. Deshalb sollte die geplante Kürzung der Ausgaben von Landesseite nach Ansicht der Grünen zurückgenommen werden.

Die Grünen waren sich einig darin, dass - neben der städtebaulichen Planung und Vorsorge für Infrastruktur in den Bereichen Wohnen und gewerbliche Entwicklung- auch eine zukunftsfähige Planung für einen lebenswerten Außenbereich von großer Bedeutung für eine gute Entwicklung der Natur und unserer Bevölkerung im Westmünsterland ist.

SKA KELLER UND SVEN GIEGOLD: DAS GRÜNE SPITZENDUO FÜR DIE EUROPAWAHL AM 26. MAI

Für eine gute Zukunft brauchen wir die Europäische Union. Wir wollen ein vereintes Europas, das zusammenhält und auch in schwierigen Zeiten den Weg der europäischen Integration weitergeht. Nur zusammen können wir grenzüberschreitende Probleme lösen.

Nur zusammen können wir Globalisierung gerecht machen, eine ökologisch moderne Wirtschaft schaffen und Frieden sichern. Deshalb wollen wir die Europäische Union sozialer, umweltbewusster und demokratischer machen.

Globale Herausforderungen kann heute kein Staat mehr alleine bewältigen. Ob Klimakrise, Terrorismus, Migration, Digitalisierung, Sicherheit oder Steuerbetrug: All das meistern wir nur mit einem vereinten Europa, das zusammenhält und zusammenarbeitet. Einem Europa, das seine Werte ernst nimmt: Menschenrechte und Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschlichkeit.

Die EU kann und muss Vorreiterin für sozial verantwortliches, umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften sein. Sie kann und muss die demokratische Antwort auf eine zügellose Globalisierung sein.